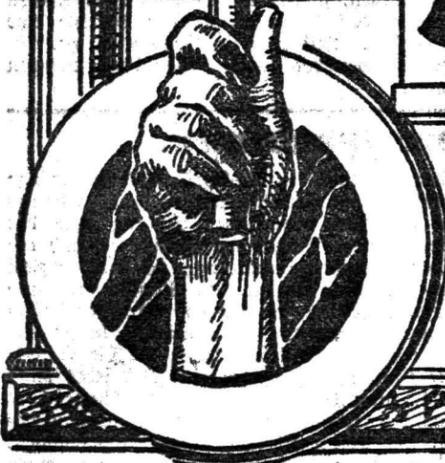


# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:  
Leipzig  
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 19.

Sonnabend, den 7. Mai 1904.

8. Jahrgang.

#### Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Düsseldorf.** Die Kollegen stehen in einer Lohnbewegung.

**Frankfurt a. Main.** 50 Kollegen stehen im Streik.

**Freiburg i. Baden.** Hier stehen 80 Kollegen im Streik.

**Offenbach a. M.** Die Kollegen sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

**Ueberlingen.** Der Platz Schmal ist gesperrt.

**Oldenburg.** Der Meister Neumann hat nicht bewilligt, über seinen Platz ist die Sperre verhängt.

**Hamburg.** Der Platz Schlick ist gesperrt.

#### Die Bundesrats-Berordnung nach dem bayerischen Gewerbeinspektionsbericht.

II.

Sehr traurig ist es auch in den Steinbrüchen des Regierungsbezirks Oberfranken mit den hygienischen und sanitären Zuständen bestellt. In nicht weniger als 40 Steinbrüchen wurde eine Arbeitszeit bis zu dreizehn Stunden festgestellt. Es handelt sich hier um Granitbetriebe. In der Sandsteinbranche ist es um kein Biotz besser, denn sechs Unternehmer wurden wegen Nichtbefolgung des § 9 der Bundesrats-Berordnung zu 3—6 Mk. Geldstrafen verurteilt. Man hat sich somit diese Herren von der Strafen dements nicht betroffen worden, da läßt sich ein Verstoß gegen diesen Paragraphen schon wieder riskieren. Ferner meinen die Arbeitgeber im Rechte zu sein, wenn sie die Arbeiter nach neunstündiger geleisteter Arbeit noch mit anderen Arbeiten belasten. Wir gebrauchen mit Absicht diesen Ausdruck; z. B. mit Verladen, Abräumen usw. Die Aufsichtsbeamten sind anderer Meinung, indem eine solche Beschäftigung der gesamten Tendenz der Berordnung widerspricht. Auch Graf Poladowsky hat es am 28. Januar d. J. im Reichstage ausgesprochen, daß eine solche Verwendung von Arbeitern nach der geleisteten Arbeitszeit nicht mehr zulässig sei. Er sagte:

Der Herr Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen hat die Berordnung über die Beschäftigung von Steinhauern berührt und namentlich ein Erkenntnis angeführt, wonach es für zulässig erklärt worden sein soll, daß Steinhauer, nachdem sie ihre neunstündige Arbeit beendet haben, noch mit anderen Arbeiten beschäftigt werden. Ich halte diese Auslegung nicht für richtig. Der Sinn solcher Arbeiterschutzbestimmungen ist doch der, daß man annimmt, daß eine gewisse Beschäftigung so gefährlich, so nebenangreifend, so gesundheitsschädlich ist, daß der Mann überhaupt eine solche Arbeit nur eine bestimmte Zeit verrichten kann, und daß er in der Regel seine Kräfte dann so weit verbraucht hat, daß er ohne Schädigung seiner Gesundheit nicht mehr in der Lage ist, andere Arbeiten zu verrichten. Diese Zeit, die in jener Berordnung festgesetzt ist, ist ganz unzweifelhaft eine solche, die es ausschließt, daß der Mann dann noch mit anderen Arbeiten beschäftigt wird. Wo ein hygienischer Arbeitstag festgesetzt worden ist, und der Arbeiter darf dann noch über diese Zeit mit anderen Arbeiten beschäftigt werden, so ist das in den betreffenden Betriebsberordnungen immer zum Ausdruck gekommen. Ich erinnere nur an die Berordnung für die Gummimantelfabriken, wo auch bestimmte Arbeitszeiten festgesetzt sind, in denen Arbeiter mit den sogenannten Vulkanisierungsarbeiten beschäftigt werden dürfen. Da ist aber ausdrücklich gesagt, daß nach Ablauf dieser Frist der Arbeiter noch mit anderen Arbeiten beschäftigt werden kann. Das ist aber hier bei der Berordnung für den Steinhauerbetrieb nicht der Fall.

Was scheren sich die gut organisierten Steinmetzmeister um solche Definitionen! Aber die Arbeiter werden und müssen im eigenen Interesse selber sorgen, daß alle Verstöße auch angezeigt werden.

Damit ist aber das Sündenkonto der oberfränkischen Unternehmer noch nicht erschöpft, es ergeben sich noch folgende Beanstandungen, wobei wir wörtlich diesen Passus zitieren wollen. Es heißt: „Weiter wurden in Rücksicht auf die Bundesrats-Bekanntmachung vom 20. März 1902, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinhauerreien, bezüglich Erstellung oder ordnungsgemäßer Instandsetzung von Aufenthaltsräumen 59, Fehlen von Schutzbühnern oder Arbeitsbuden 12, sowie wegen Nichtbeachtung des Abstandes von zwei Metern, Nichtbefeuertung und Befreiung des Bodens der Hütte von Abfallsteinen in Sandsteinhauerreien 9 Anordnungen nötig. Die auf Grund der Bundesrats-Berordnung erstellten Aufenthaltsräume fallen

leider mangels des guten Willens der Arbeitgeber meistens sehr dürftig aus; auch wird vielfach noch das notwendige Heizmaterial zum Heizen der Frühstücksbuden verweigert. Ja die Beschäftigten müssen sich manchmal Feuerungsmaterial selbst beschaffen, des weiteren konnte konstatiert werden, daß sich die Stücklohnarbeiter ja selbst die Beleuchtung im Winter anschaffen mußten.

Eine bodenlosere Unternehmer-Unterwürdigkeit läßt sich wohl kaum mehr konstruieren. Die nämlichen großen Fichtelgebirgsunternehmer kommen in Frage, die vor drei bis vier Jahren einen Vernichtungskampf gegen unsere Organisation unternahmen, was ihnen freilich nicht gelang. Wenn die damaligen Wortführer heute so intensiv dafür eintreten würden, daß den Steinarbeitern das höchste soziale Schutz zugute käme, dann hätten sie sich der Blamage entzogen, im bayerischen Gewerbeinspektionsbericht als am sozialpolitisch feindlichsten bezeichnet zu werden. Wenn diese Darstellung auch nicht wörtlich publiziert wurde, so besagt es aber immer genug, wenn solche konkrete Fälle eng aneinander gereiht wiedergegeben werden.

Sehr rabiat scheinen sich die Unternehmer in Mittelfranken benommen zu haben, speziell aber in Nürnberg. Es wurden 144 Arbeitgeber mit Geldstrafen, deren Höhe leider nicht angegeben ist, bestraft, davon allein 106 in Nürnberg. In dieser Stadt war es ganz besonders die Bauarbeiterschutzkommission, die den Unternehmern die Hölle ziemlich heiß machte und so diese Bestrafungen veranlaßte. Die dortigen Unternehmer setzten alle Gebel in Bewegung, um ein für sie günstigeres Urteil zu erzielen, es wurde aber das Strafmandat vom Schöffengericht sowie vom Landgericht bestätigt, so daß diese Herren geschwind eine Petition zusammenstoppelten und dem Bundesrat übermittelten, zuvor aber noch durch den Herrn Abgeordneten Müller-Meinungen im Reichstage ihre Interessen wahrnehmen ließen. Hoffentlich nützt all dies Vorgehen nichts.

In den Bruchdistrikten des Kreises Mittelfranken fehlt es meistens an gutem Trinkwasser, auch mußten sehr viele Bedürfnisanstalten usw. beanstandet werden.

Nun in dem Kreise, wo die Steinindustrie sehr stark vertreten ist, in Unterfranken, dem Main entlang, finden sich sehr viele Sandsteinbrüche und Werkplätze; ebenso in der Gegend von Rothenburg a. d. Tauber, Kleinwindersfeld, Randersacker, Marktbreit, Ochsenfurt, Friedenhausen usw. sehr viele Mischelfabrikbrüche. In dieser Gegend haben sich auch sehr viele Großunternehmer niedergelassen, u. a. Holzmann, Schilling, Zeidler, E. Winml, Michl u. a. mehr. Aber auch hier sind die Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen unter aller Kritik. Der Bericht meldet: Die größten Mißstände in bezug auf die Lohnabmachungen bestehen im Steinhauergewerbe. Mit wenigen Ausnahmen ist der sogenannte wilde Akkord, wie die Arbeiter ihn nennen, d. h. der Akkord ohne irgendwelche Vorausbestimmung über die Lohnhöhe, üblich. Erst bei der Abrechnung am Lohnstage wird der Lohn für die gefertigte Arbeit festgesetzt. Es wurde auf die Aufnahme einer Bestimmung hingewirkt in der Arbeitsberordnung, wo, wenn die Arbeit nicht im voraus vereinbart werden kann, zum mindesten ein gewisser Mindestlohn gewährleistet wird.

Wir glauben kaum, daß der gute Rat von den Unternehmern akzeptiert werden wird, die Arbeiter müssen vielmehr diesen wunden Punkt der willkürlichen Entlohnung selber heilen, und dem Steinarbeiterverbande beitreten, es wird nicht lange dauern, und der Hinweis der Gewerbeinspektion ist von den Steinarbeitern mit Leichtigkeit durchgeführt. Lohnzahlungsperioden von 6—8 Wochen sind nach Ausweis des Berichtes konstatiert worden. Um diese ungerügten Zustände zu charakterisieren, wird von der Gewerbeinspektion auf den für das ganze Gewerbe gültigen Buchdruckertarif hingewiesen und zwar mit vollem Recht. Faule Ausreden, daß der Preis für einzelne Werkstücke nicht bestimmt werden könnte (mit einigen Ausnahmen), sind hinfällig, denn in den meisten Zahlstellen wird schon längst nach Tarif gearbeitet. Diese Lohnmethode ist aber auch in Niederböhmen gang und gäbe.

Die Gausleitung in Würzburg sandte 11 Beschwerden an die Gewerbeinspektion und bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß sie alle begründet waren.

Durch Nachkontrolle sowie durch die Ortspolizeibehörden wurde für die Durchführung der erlassenen Anordnung ge-

sorgt. Weiter wurden im Bureau noch 21 mündliche Beschwerden vorgebracht. Es ist das ein Beweis, daß die organisierte Arbeiterschaft alles aufbietet, um diese Bestimmungen auch zur Anerkennung zu bringen. Daß sogar einige Unternehmer periodenweise Nachtarbeit verrichten ließen, geht daraus hervor, daß auch Steinmetzbetriebe nachts wiederholt revidiert wurden.

Weiter ist die Tatsache hervorzuheben, daß Frauen zu folgender recht eigenartiger Arbeit Verwendung fanden: In einem Steinbrüche wurden Arbeiterinnen auf einer etwa drei Meter hohen Windenbrücke beim Transport von Steinen angetroffen. Diese Beschäftigungsweise bildete, abgesehen von der an sich unzulässigen Beschäftigung, wegen des ungeeigneten Aufstiegs und der Lage der mit ungenügendem Bretterbelag versehenen Windenbrücke zu den Arbeitsplätzen in hohem Maße eine Verletzung der Sitte und des Anstandes.

Wie sollen sich auch die Unternehmer noch um Sitte und Anstand kümmern, wenn dieselben bei ihnen selbst schon längst zum Teufel gegangen sind? Der Erwähnung ist es noch wert, wenn hervorgehoben wird, daß in 65 Fällen sogar die Arbeitsordnungen beanstandet werden mußten.

In der Steinindustrie sind weiter drei Unfälle mit tödlichem Ausgang bemerkenswert. Zwei entstanden durch herabstürzendes Material und der andere durch Abstürzen eines Seilbahnwagens. In allen drei Fällen ist staatsanwaltliche Untersuchung eingeleitet worden, in zwei Fällen mußte wegen mangelnden Beweises das Verfahren eingestellt werden, im anderen ist die Untersuchung noch im Gange. Inwieweit ein Verschulden der Arbeitgeber in Frage kam, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich, aber es gewinnt durch das Eingreifen des Staatsanwalts den Anschein, als wenn fahrlässige Tötung nicht als ausgeschlossen erscheinen könne.

Der besprochene Bericht zeigt mit großer Deutlichkeit, daß in Bayern diese Arbeiterschutzbestimmungen teilweise nur auf dem Papier stehen. Es bedarf der Anstrengung aller Kräfte, um dem Unternehmertum zu zeigen, daß es der organisierten Arbeiterschaft ernst ist, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Arbeiterschutzbestimmungen streng durchgeführt sind. Mögen die organisierten Steinarbeiter keine Gelegenheit unbenutzt lassen, um auf diesem Gebiete ihre Pflicht und Schuldigkeit im vollsten Maße zu tun.

#### Krankenkassen kontra Steinarbeiter in Berlin.

In Nr. 2 des Steinarbeiters vom vorigen Jahre beschäftigte sich ein Artikel mit der Krankenversicherung der Berliner Steinarbeiter. Seit Jahren streben dieselben im Verein mit den Steinbildhauern danach, unter sich eine Zentralfaktion in der Krankheitsversicherung herbeizuführen, da durch die jetzige Art der Versicherung ein Teil der Versicherten in Krankheitsfällen stets auf die Mindestleistung angewiesen ist, da sich die selbständigen Bildhauer in der Ortskrankenkasse der Bildhauer und verwandter Berufe anmelden, hingegen die Steinmetz- und Marmorwerkstätten in der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Vor zwei Jahren wandten sich nun die Steinarbeiter und Steinbildhauer an die Aufsichtsbehörde, sämtliche Betriebe der Ortskasse der Bildhauer zu überweisen, was auch seitens des Herrn Oberpräsidenten geschah. Auf die eingelegte Beschwerde des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse entschied jedoch der Minister für Handel und Gewerbe, daß diesen die Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zustimmen mußte. Unser dahingehender Antrag wurde im Dezember 1902 von der betreffenden Generalversammlung abgelehnt.

Mit dem gleichen Antrag wandten sich im Dezember 1903 die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen an die Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf Uebertritt in die Ortskrankenkasse der Laborkarbeiter. Diesem Antrag stimmte die Generalversammlung einstimmig zu, trotzdem auf den vorjährigen Beschluß in Sachen der Steinarbeiter hingewiesen wurde.

Am 24. April d. J. beschäftigte sich die Generalversammlung abermals mit dem Antrag der Steinarbeiter auf Uebertritt in die Bildhauerkasse. Kollege Girtmann begründete den Antrag in ausführlicher Weise, er führte den Delegierten die überaus traurige Lage der Steinarbeiter in Krankheitsfällen vor Augen, desgleichen den Beschluß der

Zentralkrankenkasse Grundstein zur Einigkeit, keine Steinhauer mehr aufzunehmen; da nun die letzte Generalversammlung dem Antrag der Zigarettenarbeiter zugestimmt habe, müßte sie auch die Konsequenz ziehen und ebenso einstimmig unserem Antrag zustimmen, wollte man nicht mit zweierlei Maß messen.

Die Diskussionsredner, soweit sie nicht unserer Branche angehörten, sprachen sich gegen das Ausschneiden der Steinarbeiter und Bildhauer aus, denn man dürfe die Kasse nicht finanziell schwächen, was jedoch geschähe, wenn die Steinarbeiter ausschneiden. Bei den Zigarettenarbeitern wäre das Gegenteil der Fall gewesen, diese belasten bloß die Kasse, und die Gewerbe schiebe man lieber ab, wenn sie mit einem diesbezüglichen Antrag kommen. Unser Antrag wurde gegen die Stimmen der Steinarbeiter und einzelnen andern Delegierten abgelehnt.

Auch der Herr Redant erklärte, daß es uns zum Lobe gereiche, wenn wir gegen früher unsere Lage verbessert hätten. Der Herr scheint nicht zu wissen, daß von einem Lob ein ausgefeiertes fränkisches Mitglied nicht leben und nicht sterben kann. Man macht uns verantwortlich dafür, daß wir vor 20 Jahren gegen diese Einteilung nicht protestiert haben.

Unsere Kollegen außerhalb werden es kaum für möglich halten, daß ca. 1200 Steinarbeiter und Bildhauer eine Krankenkasse mit 80 000 Mitgliedern durch ihren Austritt können ins Bankrott bringen; aber diese Ueberzeugung hätten sie gewonnen, hätten sie unsere Gegner gehört.

Das ist das vielgerühmte Solidaritätsgefühl, sobald das eigene „ich“ in Frage kommt. Auf der einen Seite, wo wir Schaden bringen, schmeißt man uns heraus, auf der andern Seite, wo wir Nutzen bringen (was bis jetzt noch gar nicht nachgewiesen ist), hält man uns fest. Daß wir diesen Zustand nicht ruhig hinnehmen, sieht wohl jeder halbwegs Einsichtige ein. Die Steinarbeiter werden so lange mit ihrer Forderung kommen, bis ihr gerechtes Ziel erreicht ist.

## Grobe Fälschung.

Die Führer des Steinmetzmeisterverbandes scheinen sich momentan in keiner beneidenswerten Lage zu befinden. Ihre Hauptaufgabe besteht zurzeit darin, Resolutionen und Petitionen zu fassen, sowie schwarze Listen zu versenden. Wie aus der Nr. 13 des Steinbildhauer vom 1. Mai hervorgeht, wandten sich diese Herren zum zweitenmal an das Reichsfinanzamt und an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit der bescheidenen Bitte oder Anfrage, wie es mit den Steineinfuhrzöllen (Pflastersteinzoll) stehe. Die Unternehmervertreter erhielten zwar keinen definitiven Bescheid, sondern es wurden nur die Petitionslisten für den Zoll eingefordert. Die Sache scheint also für die Herren Granitindustriellen nicht am besten zu stehen. Auf welche Art und Weise die Petitionen, die leider größtenteils von Arbeitern unterzeichnet sind, die aber von der Materie des Zolles sehr ungenügend, ja gar nicht unterrichtet waren, zusammengebracht wurden, haben wir an dieser Stelle im vorigen Jahr schon eingehend dargelegt.

Überall dort, wo wir Fällungen besorgen, sind die Unterschriften vom Steinmetzmeisterverband gebührend abgewiesen worden, sie konnten nur da im Trüben fischen, wo unser Fachorgan nicht gelesen wird und somit die nötige Aufklärung nicht vorhanden war.

Der Steinbildhauer bemerkt nun in seiner letzten Nummer, daß auf der Generalversammlung der Steinsäger in Braunschweig gegen die Schiffsabgaben Stellung genommen wurde und wir hätten uns diesem Vorgehen angeschlossen. Ganz gewiß haben wir dieses getan! Der Vorstand des Steinmetzmeisterverbandes und mit ihm sämtliche Mitglieder desselben müssen aber unseren Standpunkt vollständig teilen. Der Hartsteinindustriellenverband verlangt in erster Linie seinen Satzungen gemäß billige Frachtsätze, ja vor etlichen Monaten, als die Befürchtung auftauchte, es sollen auf den deutschen Strömen Schiffsabgaben erhoben werden, hielt Herr Zervas, der Vorsitzende der Steinbruchsbrufsgenossenschaft, ein ausgezeichnetes Referat gegen die geplanten Schiffsabgaben, und Herr Zervas spielte vor etlichen Jahren eine ziemlich Rolle im Steinmetzmeisterverband.

Der Vorstand genannten Verbandes interpretiert aber unsere Stellungnahme, wir dürfen annehmen bewußterweise, ganz falsch. Denn die Schiffsabgaben und der Pflastersteinzoll haben miteinander prinzipiell nicht das geringste zu tun. Bezüglich des Zolles brauchen wir uns hier nicht mehr zu äußern, aber wegen den Schiffsabgaben muß betont werden, daß gerade wir ebenfalls dafür eintreten, daß die Frachtsätze erniedrigt werden.

Der Vorstand schreibt wörtlich: „Auf dem Verbandstage der Arbeitnehmer des Steinsäger- und Pflasterergewerbes im Februar d. J. wurde beschlossen, gegen die Einführung der Pflastersteinzölle sowie auch der Schiffsabgaben vorstellig zu werden und der Vorstand fälscht nun hinzu, so daß die ausländischen Steine so billig wie möglich an die Verwendungsstelle gelangen.“

Das Gegenteil ist wahr, denn wir protestierten gegen die in Aussicht genommenen Schiffsabgaben auf deutschen Strömen, weil ja gerade die deutschen Steinindustriellen resp. deren Arbeiter von dieser Maßnahme getroffen würden und den empfindlichsten Schaden hätten. Es gewinnt den Anschein, als hätte der Vorstand des Meisterverbandes die Resolution auf dem Steinsägerverbandstag, die auch der Steinarbeiterverband interpretierte, überhaupt nicht gelesen.

Im Handelskammerbericht Schweidnitz von 1897 werden billige Frachtsätze insbesondere nach den Hafentälern verlangt. Ein solches Vorgehen muß als selbstverständlich anerkannt werden. Würden solche Abgaben erhoben werden, so würde die deutsche Steinindustrie einen erheblichen Schaden haben, — es sei bloß auf den Schiffsverkehr mit Steinmaterial auf der Donau, dem Rhein, der Elbe, dem Main usw. verwiesen. Am empfindlichsten würde wohl die Elbsandsteinindustrie getroffen werden, indem das Rohmaterial meistens auf der Elbe verschifft wird.

Wir verwahren uns gegen eine solche Interpretation, wie sie in der Vorstandsbekanntmachung im Meisterorgan publiziert wird, ganz entschieden.

Weiter heißt es, von Arbeitnehmern, die unserem Ver-

bande (dem Steinarbeiterverband) angehören, sei dem Steinmetzmeisterverband die Mitteilung geworden, auch sie teilten unsere Haltung bezüglich der Zollfrage nicht. Auf dieses müßige Geschwätz einzugehen, halten wir nicht für notwendig, sondern empfehlen den Meisterverbändlern nur, wenn sie wieder solche Nachrichten erhalten sollten, unsere Kollegen auf den Steinarbeiter zu verweisen und dort den zollfreundlichen Standpunkt darzulegen. Wir würden solchen Einsendungen sehr gern Aufnahme gewähren, denn wir haben ja in unserem Organ, obwohl wir keine Verpflichtung hatten, einen fanatischen Verteidiger der Pflastersteinzölle in der Person des Herrn Klein zu Worte kommen lassen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir bemerken, daß Herr Klein nicht bloß einen Zoll auf Pflastersteine wünscht, sondern er trat auch auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. 1897 für einen Zoll auf das schwedische Rohmaterial ein. Allerdings wurde der Antrag des Herrn Klein abgelehnt, aber führen wir uns bloß die Konsequenz dieses Antrages vor Augen. Wir haben in Rostock, Kiel, Wolgast, Lübeck, Berlin, Löbau, Einbeck, Dresden, Schwarzenbach und in vielen anderen Orten eine hoch entwickelte Monumentalindustrie in schwedischem Material, und wohl Tausende von Steinmetzen, Schleifern, Sägemännern und andre Arbeiter kommen in Frage; würde obiger Antrag heute Gesetzeskraft erlangt haben, so würde diese Industrie vollständig ruiniert sein. Diese Ansicht, daß aus dem Ausland kein Rohmaterial ohne Zoll eingeführt werden darf, dürfte als Spinnwebstuhl zu bezeichnen sein, denn Deutschland führt Erze, Holz, Asphalt usw. ein, um im Inlande die Industrie zu heben, und da müssen die Rohprodukte, die im Inlande nicht genügend oder gar nicht vorhanden sind, vom Auslande bezogen werden.

Die Granitindustrie im Fichtelgebirge ist heute zum Teil eine Exportindustrie, z. B. geht vom Schwarzenbach sehr viel Arbeit nach Frankreich, vom Odenwald nach Holland, und da verlangt man einen Zoll auf Auslandsmaterial, trotzdem die deutschen Steinindustriellen sehr viel ins Ausland liefern. Die deutsche Ein- und Ausfuhr von Steinmaterial nach Holland gestaltete sich in den drei letzten Jahren folgendermaßen:

	Einfuhr (in Doppelpennern)	Ausfuhr
1900	397	4 615 541
1901	444	4 202 663
1902	429	4 115 596

Hier steht doch unumstößlich ziffernmäßig fest, daß wir ins Ausland beträchtliche Steinnengen liefern, und daß die Odenwaldgranitindustrie durch einen eventuellen Zoll einen geradezu vernichtenden Schlag erleiden würde.

Im weiteren wird in der schon zitierten Vorstandsbekanntmachung ein Artikel mit der Ueberschrift: Die Umwälzung der Arbeitsverhältnisse der Berliner Steinarbeiter, der in Nr. 15 des Steinarbeiters stand, gegen unsere Verbandsleitung ausgespielt, aber wohlweislich wird der Lesern des Steinbildhauers von diesem Artikel nicht die geringste Kenntnis gegeben.

In diesem Artikel wird geschildert, wie Berliner Steinmetzfürer sich in den Brücken ankaufen und dort die Arbeiter herstellen lassen, ferner wie überhaupt sich die Signatur bemerkbar macht, daß die gesamten Arbeiten gleich in den Brücken fertiggestellt werden. Und nun heißt es bezüglich der Marmor- und Granitbranche in unserem Artikel weiter und zwar zitiert er wörtlich:

Nicht viel besser sieht es in der Marmorbranche aus, hier sind es vor allen Dingen Kiefer in Kiefersfelden, die Saalburger Marmorwerke, Deutsche Steinindustrie, Willmar, Wehlar usw., die alles fertig und fertig nach Berlin liefern. Dasselbe ist in der Grabsteinbranche der Fall, alle Denkmäler, Erbgrabmäler, kommen fertig aus Schlesien, Sachsen, Fichtelgebirge, Schweden usw., selbst zu Schrifttafeln kommen in neuerer Zeit Glasplatten zur Verwendung, und die großen „Grabsteinfabriken“ wie sie sich zum Teil nennen, beschäftigen, wenn es hoch kommt, drei bis vier Mann zum Schriftbau von Ostern bis Pfingsten, und nach Pfingsten bewegt sich in diesen „Fabriken“ außer einem Lehrling vielleicht noch der Herr — Fabrikbesitzer.

Weil hier nun angeführt ist, daß aus Schweden auch fertige Denkmäler oder geschliffene Waren eingeführt werden, sei bemerkt, daß diese Einfuhr ohne jegliche Bedeutung ist, ja daß es sogar in Berlin ansässige Steinmetzmeister sind, die in Schweden Steinbrüche besitzen und dieses Material im verarbeiteten Zustande einführen lassen, aber wie schon betont, diese Einfuhr ist ohne Belang und nicht im geringsten ausschlaggebend.

Es ist bezeichnend, mit welcher verwerflichen Mitteln diese Leute vom Steinmetzmeisterverband kämpfen. Mit sachlichen Argumenten sind sie nicht in der Lage, uns zu widerlegen, deshalb greift man zum Fälschen und zum Entstellen der Tatsachen. Eine solche Kampfesweise kann unmöglich als fair bezeichnet werden.

Die Führer des Steinmetzmeisterverbandes müssen mit ihren Argumenten schon ganz auf den Hund gekommen sein, wenn sie sich hinter Fälschungen verstecken müssen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir ersuchen, die Formulare für Todesanzeigen auszufüllen, indem dieselben im Fachblatt veröffentlicht, aber die auszufüllenden Formulare nicht eingesandt werden.

Alle flüssigen Gelder sind umgehend einzusenden, indem der Verbandstag eine ziemlich Ausgabe verursachte sowie größere Streiks zu unterstützen sind.

Den Lokalverwaltungen wird hiermit nochmals das eingehendste Studium des Leitfadens Seite 28—48 empfohlen, ja zur Pflicht gemacht. Es ist hierbei besonders zu berücksichtigen (Artikel 39), daß auf den Auszahlungslisten für Streikunterstützung die Verbandsnummer der Streikenden möglichst nach der Reihenfolge anzugeben ist.

Zahlstellen, welche noch nicht in Besitz von Plakaten sind, es dürfte das für die neugegründeten gelten, mögen sich melden.

## An die Steinarbeiterverbreiter sowie Versammlungsschriftführer.

Wiederholt schon wurde darauf verwiesen, Nach- oder Abbestellungen des Fachblattes längstens bis Mittwoch früh in unsere

Hände gelangen zu lassen. Aber nur in den seltensten Fällen wird diesem Hinweis Folge geleistet, denn meistens treffen diese Umstellungen Donnerstags oder gar Freitags erst hier ein.

Wir werden zukünftig solche Nachbestellungen bis auf die folgende Woche zurückstellen, weil sonst die Expedition überhaupt niemals beendet werden kann.

Die Versammlungsschriftführer möchten ebenfalls auf die Ausarbeitung der Berichte mehr Fleiß verwenden und in erster Linie dieselben etwas deutlicher als bisher schreiben. Man lasse die Tagesordnung weg und berichte nur das Wichtigste aus den Versammlungen.

Es sind von dieser Stelle schon wiederholt Winke für die Schriftführer gegeben worden, so daß man eigentlich annehmen dürfte, es hätte bezüglich der Ausgestaltung der Berichte eine Besserung eintreten müssen. Leider trifft dieses nicht zu.

Alle, die es angeht, mögen von dieser Zeilen Notiz nehmen und auch danach handeln.

## Korrespondenzen.

Altenhagen I. Am Sonntag, den 24. April, fand in Springe im Lokal Stenzig eine Steinarbeiterversammlung statt. Betreffs der Meisei wurde ein gemeinschaftlicher Ausflug nach der Holzmühle beschlossen. Kollege Müller war erschienen und erstattete Bericht von der Generalversammlung. Es wurden zwei Anträge angenommen: 1. Jeder Kollege, der abreisen muß und sein Buch nach der Zentralleitung geschickt hat betr. der Reisekarte, soll vom Vertrauensmann eine Bescheinigung bekommen, daß er seine Reiseunterstützung beziehen kann; 2. Die Streikunterstützung für die Kinder ist so zu regeln, daß jedes Kind gleich viel bekommt, sei nun der Vater in Beitragsklasse 1, 2 oder 3. (Der Antrag 2 hätte auf der Generalversammlung gestellt werden müssen, jetzt ist die Klassifizierung vorgenommen. Die Red.) Die Wahl eines Vertrauensmannes und eines Kassierers war nötig. Als Vertrauensmann wurde Karl Volz, als Kassierer Willy Weber gewählt.

Bahrenth. Am Sonnabend, den 23. April, fand hier eine Versammlung statt, in welcher Kollege Bergbauer-Neuforg über die in Erfurt stattgefundene Generalversammlung Bericht erstattete. Hierauf schilberte er in längeren Ausführungen die Verhandlungen der ersten Generalversammlung, zum Schluß die Kollegen auffordernd, die gefassten Beschlüsse zu beachten und danach zu handeln, ferner dafür Sorge zu tragen, daß unsere Reihen immer fester geschlossen werden. In der sich nun anschließenden Diskussion erklärten sich die Kollegen mit den von der Generalversammlung gefassten Beschlüssen einverstanden. Insbesondere wurde die Einführung der dritten Beitragsklasse, die Vorsegerstellung der Reiseunterstützung, sowie der Antrag auf Anschluß an den Kartellvertrag der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter gutgeheißen. Bedauert hingegen wurde, daß die Maßregelungsunterstützung keinen weiteren Ausbau erfuhr. Bezüglich des Antrags auf Anschluß an den Kartellvertrag wurde der Wunsch laut, in Zukunft der Frage betreffs Gründung eines allgemeinen Industrieverbandes näher zu treten. Was die vom Verbands deutscher Steinmetzgeschäfte gegen die Bundesratsverordnung in Szene gesetzte Bewegung betrifft, wurde darauf hingewiesen, daß dies erst recht ein Ansporn sein muß, durch immer festeres Schließen unserer Reihen sowie gewissenhaftes Ausfüllen der Statistik zur Durchführung und besserem Ausbau betreffender Verordnung behilflich zu sein. Nachdem noch der erste Vorsitzende im Namen der Anwesenden dem Kollegen Bergbauer für seine Bemühungen gedankt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin I. Am 28. April nahm eine gut besuchte Versammlung, nachdem der Kassierer die Vierteljahrabrechnung gecheckt hatte, den Generalversammlungsbericht unseres Delegierten entgegen. Eine Diskussion wurde nicht bestritten, nachdem sich der Referent mit aller Gründlichkeit und Ausführlichkeit seiner Aufgabe entledigt hatte. — Im Versammlungsbericht der Schriftführer (vergl. Nr. 17 des Steinarbeiters) ist ein bedauerlicher Irrtum enthalten. Die vielschichtig zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß es keinem Kollegen verübelt werden kann, zur Zeit der Hochkonjunktur anstatt für den Minimallohn, welchen doch der mit der Innung vereinbarte Tarif darstellt, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, haben dem Berichtserfasser den Satz in die Feder diktiert: „Die Schriftführer erkennen den Affordarist der Innung nicht an.“ Ein solcher Beschlus ist in der Versammlung nicht gefaßt worden.

Bunzlau. In der am 28. April abgehaltenen Monatsversammlung wurde als 1. Punkt die Quartalsabrechnung vorgelesen, die für richtig befunden wurde. Kollege Schlüter erstattete hierauf einen klaren und erschöpfenden Bericht über die Generalversammlung. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, hält aber das System, wonach die Reisekarten von der Zentrale ausgegeben werden, für zu kompliziert. Auf Anfrage gab Kollege Schlüter die Gründe bekannt, die dazu geführt hatten. Für einen Kranken Kollegen soll 2 Wochen lang eine Liste ausgelegt werden. Dem Gewerkschaftssekretariat Breslau, das häufig von unsern Kollegen in Anspruch genommen wird, wurden 5 Mark bewilligt. Die Geschäftslage ist zurzeit eine sehr gedrückte. Bei der Firma Schilling arbeiten kaum noch 10 Mann; der größte Teil der Anfassigen muß auswärts Arbeit suchen.

Erfurt. Eine stark besuchte Steinarbeiterversammlung tagte am 21. v. Mts. hier. Sehr zahlreich hatten sich die Delegierten der Generalversammlung eingefunden, um den trefflichen Ausführungen des Kollegen R a f f - M a n n h e i m zu lauschen. Derselbe schilberte in drastischer Weise den Zusammenstoß des Kapitals sowie die Profitwirtschaft der Unternehmer und die Art und Weise, wie die Arbeiterbewegung bekämpft wird. Doch die Arbeiter in ihren Organisationen stellen heute eine große Macht dar, die auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbesserung der Arbeiter schon Erhebliches geleistet haben. Die Finanzen der Gewerkschaften haben sich überall gehoben, so insbesondere auch beim Steinarbeiterverband. Ein großer Prozentfuß Unterschied steht uns noch gegenüber, haben wir diese auf durch mündliche Agitation, sowie durch das geschriebene Wort in der Form der weiten Verbreitung unseres Fachorgans, dem Steinarbeiter. Der Referent erntete lebhaften Beifall. In der Diskussion sprach zunächst Kollege M ü l l e r - G a m e l n. Er kritisierte sehr scharf die vorhandenen Gegensätze unter den Erfurter Kollegen. Er könne es nicht verstehen, wie in Städten noch solche Zustände bestehen können. Als Gauleiter müsse er diese persönliche gegenfeitige Bekämpfung scharf mißbilligen und er gebe deshalb einem Teil der Erfurter Kollegen den Rat, sich die Disziplin der Kollegen, die in ländlichen Bezirken beschäftigt sind, anzueignen. (Lebhafte Zustimmung.) Nun nahm der Zentralvorsitzende S t a r k e das Wort und schilberte, auf der Theorie von Karl Marx fußend, die Entstehung des Kapitals und seine weiteren Folgen. Eingehend beleuchtete er, wie sich die Produktionsmittel zum größten Schaden der Proletarier in den Händen der Kapitalisten befinden und wie die Arbeiterschaft danach streben müsse, sich die Aneignung derselben durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung angelegen sein zu lassen. (Rauschender Beifall.) Offenlich beherzigten alle Anwesenden die gesprochenen vortrefflichen Worte des genannten Redner.

Elberfeld. Am 24. April fand im Gewerkschaftshause unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Es wurde der Antrag gestellt, einem jeden durchreisenden organisierten Kollegen, auch wenn derselbe noch nicht zur Reiseunterstützung berechtigt ist, 30 Pfg. Reisegehalt extra zu zahlen. Dafür soll auf jedem Platz von jedem Kollegen 5 Pfg. pro Woche entrichtet werden. Auf der Gaukonferenz in Duisburg wurde beschlossen, daß die Kollegen, welche in einer andern Zahlstelle arbeiten und nicht ihren festen Wohnsitz dort haben, die Beitragszahlungen dort zu leisten haben, wo sie arbeiten. Dieser Antrag wurde von Offen gestellt. — Nun arbeiten hier verschiedene Kollegen von Offen. Dieselben sagen, sie wären in Essen organisiert und noch

zum Stundenlohn von 45 Pf. beschäftigt, wogegen hier 55 Pf. gezahlt wird. Es wurde dieses sehr getabelt und beschlossen, diese zu einer am 26. Mai stattfindenden Versammlung zwecks Rücksprache einzuladen.

**Geisbach.** Am 24. April fand in Kirchbach eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt referierte Kollege Rothmund unter lebhaftem Beifall über den Zweck und Nutzen der Organisation. In der Diskussion wurden von mehreren Kollegen Klagen vorgebracht, daß auf verschiedenen Plätzen die Arbeitszeit nicht eingehalten wird, ja sich sogar auf 10—12 Stunden ausdehnt. Auch wurde über die Eingabe der Unternehmer an den Bundesrat debattiert, welche mit großer Entschiedenheit von der Versammlung zurückgewiesen wurde. Die Versammlung verlief in größter Ordnung und war wider Erwarten gut besucht.

**Fedenbach.** Sonntag, den 24. April, fand in Dorfprozelten eine Steinarbeiterversammlung statt, in der Kollege Dippel aus Frankfurt referierte. Seine Ausführungen bezogen sich hauptsächlich auf die errungene neunstündige Arbeitszeit durch die Steinarbeiterorganisation. Angefichts der Berufslosigkeit hat ein jeder die Pflicht, sich und seine Nachkommen zu erhalten. In der Diskussion wies Hildhauer Schumann auf ein trauriges Beispiel hin: nämlich Fedenbach mit 800 Einwohnern hat zurzeit 68 Witwen, von denen nur 10 keine Steinhauer zum Mann hatten, hingegen nur 5 Witmänner, von denen kein einziger Steinhauer gewesen ist. Dieselben Verhältnisse aber existieren durchschnittlich im mittleren Maintal, wo die Löhne (selbstverständlich milder Afford) auf einem Niveau stehen, wie kaum anderswo: 1.50 Mark, 2. Mark, die besten kaum 2.50 Mark, bei einer Arbeitsleistung, wie sie im Deutschen Reich kaum noch zu finden ist. In der Diskussion meinte ein Kollege aus Dorfprozelten, man solle erst dorthin gehen und organisieren, wo überhaupt noch keine Organisation ihren Weg hingefunden hat, dann wären auch sie da. Vorsitzender Dorsch erörterte die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Im Schlußwort wies Dippel darauf hin, daß Frähdorf der alleinige Abgeordnete gewesen war, der für die Bundesratsverordnung eintrat. Am Schluß der Versammlung, die von den Dorfprozelter Kollegen nicht besonders gut besucht, hingegen von den Fedenbacher organisierten Kollegen vollständig besucht war, zeichneten sich 12 Mann zum Verband ein.

**Freiburg i. Br.** In letzter Zeit fanden hier vier Versammlungen statt, welche fast immer vollständig besucht waren und sich mit unserer Lohnbewegung befaßten. Da wir alles versuchten, um auf gutlichem Wege einig zu werden, jedoch trotz dreimaligem schriftlichem und zweimal mündlichem Anerbieten von Verhandlungen ablehnenden Bescheid erhielten, blieb uns nichts anderes übrig, als zum letzten Mittel, zum Streit zu greifen. Der Beschluß, in den Streit einzutreten, sobald die Genehmigung eintrifft, wurde in geheimer Abstimmung gefaßt; 78 Kollegen stimmten dafür, 8 Kollegen, welche für sofortige Arbeitsniederlegung waren, dagegen, 4 enthielten sich der Abstimmung. In der Versammlung vom 24. April, in welcher Kollege Droll Bericht von der ersten Woche erstattete, ist zu erwähnen, daß 77 Kollegen in 7 Betrieben in den Ausstand traten. In 4 Betrieben arbeiten 24 Kollegen weiter, deren Meister bewilligt haben. Als Arbeitswärtige fungieren nur ein Polier und ein Bruder von einem Meister; jedoch werden diese den Unternehmern das Kraut nicht fett machen. Die Stimmung ist die beste. Wir wollen hoffen, daß der Sieg auf unserer Seite bleibt und in dieser finsternen Ecke Deutschlands die Arbeiterbewegung vorwärts schreitet. Darum, Kollegen, haltet den Zug von Freiburg streng fern.

**Gumburg II.** Mitgliederversammlung am 27. April, abends 9 Uhr, bei h. Salzen Bwe., Caffamacherreihe 15/17. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer Geumann die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Richtigkeit derselben wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Dejarde erteilt. Zum 2. Punkt, Bericht vom Verbandstag, erhielt Kollege Siebold das Wort. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe als Berichtserstatter vom Verbandstag in lobenswerter Weise. Nach einigen Anträgen seitens der Kollegen wurden die Beschlüsse des ersten Verbandstages gutgeheißen und angenommen. Ebenfalls gab der Kassierer bekannt, daß die Zentrale Maimarkt herausgegeben habe. Das Kleben der Marken soll jedoch den Mitgliedern überlassen bleiben. Der 4. Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Kartell, wurde durch Kollegen Geumann erledigt. Nach Erledigung einiger Interna erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Heidingsfeld bei Würzburg.** Hier tagte am 24. April eine gut besuchte Versammlung, in welcher Gauleiter Kraft aus Mannheim Bericht über den Verbandstag in Erfurt erstattete, sowie über die Petition der vereinigten Steinmetzmeister, betr. der Bundesratsverordnung vom 26. Februar 1904 ein vorzügliches Referat hielt. Kollege Kraft behandelte alles eingehend und legte klar, daß die Petition nur darauf hinausläuft, die Bundesratsverordnung fast vollständig illusorisch zu machen. Eingehend besprach er die Notwendigkeit der Einführung der verkürzten Arbeitszeit, und zwar nicht nur auf 9 Stunden, sondern auf 8 Stunden. Daß es teilweise möglich sei, schon heute mit 8 Stunden Arbeitszeit daselbst zu leisten, wie früher mit 11—12 Stunden, beweist der badische Fabrikinspektionsbericht. Ferner weist Redner auf die gesundheitschädliche Lage der heutigen Arbeitsweise hin und beleuchtet mit Zahlen die trauerhaften Zustände in der Steinindustrie. Der Referent empfiehlt folgende Resolution: „Die heute am 23. April tagende Steinarbeiterversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des 1. Verbandstages in Erfurt vollständig einverstanden. Sie protestiert energisch gegen die Eingabe der deutschen Steinmetzmeister an den Bundesrat zwecks Umgehung oder Vernichtung der Bundesratsverordnung, und hofft, daß dieser Petition nicht Rechnung getragen wird.“ Dem Referenten wurde lebhafter Beifall gezollt. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Kollegen auf, jeder einzelne möge seine ganze Kraft daran wenden, den Verband in die Höhe zu bringen.

**Orla.** Da wir in Orla zu einer Arbeitsniederlegung gezwungen wurden, wollen wir die hiesigen Verhältnisse den Kollegen vor Augen führen. Es handelte sich schon im Herbst 1903 um eine Arbeit des Kleinsplatters; damals wurden uns 6.50 Mark für einen Kubikmeter angeboten. Dieses Kleinsplatter soll ein ganz genaues Maß haben und nur aus reinem blauen Stein sein. Damals waren sich die Kollegen einig und stellten die Forderung auf 8.50 Mark. Der Preis wurde aber nicht bezahlt. Da aber diese Sorte ungenügend gemacht wurde, wurden 50 Pfg. zugelegt, also 7 Mark geboten; zu diesem Preise wurde keines angefertigt. Die Situation wurde immer kritischer. Am 15. April 1904, bei einer Unterhandlung, stellte es sich heraus, daß nicht mehr als 7.50 Mark für den Kubikmeter gegeben werden sollte. Am Donnerstag, den 21. April, nach einer noch-maligen Verhandlung, legten 29 Mann die Arbeit nieder. Schon im Laufe dieser Zeit war der Gauleiter Richard Seidel aus Dresden anwesend, um genaue Informationen zu gewinnen. Hoffentlich ist der Sieg auf unserer Seite.

**Ruburg.** Am 23. April fand eine außerordentliche Versammlung der Steinarbeiter der Himmelsleiter statt, in der die sogenannten Versammlungsummuler wie gewöhnlich durch Anwesenheit plänzt. Zu Punkt 1. Wahl eines Schriftführers, wurde Kollege Edelmann gewählt. Zu Punkt 2 erstattete Kollege Küneth aus Schwärzenbach Bericht über den Verbandstag. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Er legte uns nicht bloß die Arbeiten des Verbandstages auseinander, sondern er kritisierte auch die Haltung der Meister wegen der Petition gegen die Bundesratsverordnung. Im Punkt 3 wurden Angelegenheiten unseres Platzes besprochen. Es herrscht schon mehrere Wochen eine flauere Zeit für die Steinmetzen, so daß wir manchmal halbe Tage und noch länger auf Arbeit warten müssen. Ebenso steht es mit den Schleifern. Unsere Firma nicht gegenwärtig Handschleifer, trotzdem die letzten

Sagerküde schon in Arbeit stehen und die bei den Steinmetzen sich in Arbeit befindenden nicht geschliffen werden. Wir wollen darüber vorläufig schweigen, das Resultat werden wir ja kennen lernen.

**Rirchheim.** Am 24. April fand hier eine sehr gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Kraft - Mannheim über die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter und die Verbesserung derselben durch die Organisation referierte. Derselbe führte in seinem 14stündigen Vortrag den Kollegen die Entwicklung der Organisation von Anfang bis heute vor Augen und wies durch verschiedene Beispiele nach, wie notwendig es heute für den Arbeiter sei, sich zu organisieren und was alles durch die Organisation schon erreicht wurde. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und traten sofort 14 Kollegen unserm Verbande bei, so daß jetzt Rirchheim eine selbständige Zählstelle bildet. Bei der darauf folgenden Wahl der Lokalverwaltung wurde Kollege Werner als erster Vorsitzender, Henneberger als zweiter Vorsitzender, Schöffner als Kassierer und Seb. Beck jun. als Schriftführer gewählt. Außerdem noch als Revisoren die Kollegen Schöffner, Sulzdorf und Müller-Kleinrinderfeld. Zum Schluß forderte der Referent die Kollegen noch auf, fest und treu zusammenzuhalten, damit endlich auch einmal in Rirchheim bessere Verhältnisse geschaffen werden als bisher.

**Rirchshausen (Odenwald).** Bei der Firma Fischer u. Co. herrschen Zustände, die aller Beschreibung spotten. Die Kollegen werden in einer Weise behandelt, daß man fragen muß: ist es möglich, daß ein Steinarbeiter sich das gefallen lassen kann? Von der Durchführung der Bundesratsverordnung natürlich keine Spur. Wer hat aber die Schuld an diesem herrschenden System? Die Kollegen selbst mit. Von der Zugehörigkeit zum Verband will die Mehrheit nichts wissen, es wird nur ausnahmsweise der Steinarbeiter oder eine politische Arbeiterzeitung gelesen. Wir bezweifeln, daß die Kollegen zukünftig sich anders bestimmen werden, denn für die Arbeiterbewegung scheinen diese Leute kein Empfinden zu haben.

**Mainz.** Am Sonntag, den 24. d. M., fand eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Bei der Wahl eines 1. und 2. Vorsitzenden, welche durch die Abreise der beiden früheren erforderlich war, wurden die Kollegen Unglauben und Stecher gewählt. Der 2. Punkt: Lohnbewegung, wurde noch einmal kurz gestreift und beschlossen, den Meistern ein Zirkular zugehen zu lassen, in welchem um ihre Unterschrift gebeten wird, da schon die Zulage von mehreren bezahlt wird. Zum 3. Punkt: Stiftungs-fest, wurde eine Kommission von 5 Mann gewählt, welche die nötigen Vorarbeiten treffen soll. Der 4. Punkt nahm eingehend die Bundesratsverordnung in Anspruch. Nach weiteren unlieb-samen Auseinandersetzungen folgte Schluß der Versammlung.

**Nordrach.** Die Steinmetzen am Kirchenbau Nordrach (Amt Offenburg) hielten am 23. April, abends 8 Uhr, eine Versammlung ab, an der sich sämtliche Kollegen beteiligten. Die Verbandsmitglieder legten den unorganisierten Kollegen dar, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Die Kollegen sahen ein, daß es besser sei, sich den Organisierten anzuschließen, und so ließen sich 6 Kollegen in den Verband aufnehmen. Auch wurden mehrere Abonnenten für das Fachblatt gewonnen.

**Nürnberg.** Am 23. April fand hier eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Rothmund aus Stuttgart als Berichtserstatter vom Verbandstag erschienen war. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gab der Vorsitzende bekannt, daß unser Kollege Kohnle verstorben ist; er forderte die Anwesenden auf, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sigen zu erheben. Sodann erhielt der Referent R. das Wort und schilderte in fast zweistündiger Rede den Verlauf der Generalversammlung. Besonders erfreulich klang der Kasfenbericht sowie die Umänderung der Reiseunterstützung; auch die Einführung einer dritten Beitragsklasse und insbesondere die obligatorische Einführung des Fachorgans. Es war zu ersehen, daß sich die Vorstandschaft sowie die Delegierten große Mühe gegeben haben, um den Wünschen der Kollegen nachzukommen. Mit einem Appell an die Versammlung, daß jeder Kollege tatkräftig mitwirken soll, schloß Kollege Rothmund sein ausgezeichnetes Referat. Der Vorsitzende sprach dem Referenten im Namen der Versammlung den Dank aus. 2. Punkt: Verschiedenes. Da auch Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer anwesend waren, so wurden die Angelegenheiten der beiden ausgeschlossenen Mitglieder Dohler und Arth besprochen, und mußte dem Zweigverein der Maurer der Vorwurf gemacht werden, daß er Mitglieder, die bei uns ausgeschlossen wurden, in den Verband aufgenommen hat. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Versammlung geschlossen werden.

**Offenbach.** Am 15. April tagte eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. In die Lokalverwaltung wurden gewählt: als Vorsitzender Johannes Strieking, als Kassierer Peter Braun, als Schriftführer Adam Zimmer. Ferner wurde beschlossen, am 1. Mai sich vollständig am Festzuge zu beteiligen. Hierauf entspann sich eine lebhafteste Debatte über unsere Forderungen in diesem Jahre. Es wurde beschlossen, den Meistern unsere Forderungen einzuräumen. Wir verlangen, daß wir das Steinlohn und das Auf- und Abladen bezahlt bekommen und fordern einen Minimallohn von 55 Pf. die Stunde. Es wurde dem Vorstande überlassen, alles richtig in die Wege zu leiten. Sodann wurde wieder darüber verhandelt, daß Meister Kleintits (?) wieder 10 Stunden arbeiten läßt. Dieser Meister hatte den Kollegen geantwortet, er hätte Genehmigung auf 14 Tage. Wir wandten uns an das Großherzogliche Kreisamt, und die Sache wird jetzt noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

**Sandbach.** Am 24. April tagte in Höchst (Odenwald) eine gut besuchte Versammlung, in welcher Kollege Gausler - Frankfurt ein sehr interessantes Referat hielt. In markigen Zügen kennzeichnete derselbe das Gebaren des Unternehmertums und verwies insbesondere auf die sozialpolitische Rückständigkeit derselben. Gerade mit dem bisherigen Arbeiterschutz, der Bundesratsverordnung, zeigt sich mit größter Deutlichkeit, daß ihnen an einer geregelten Arbeitszeit usw. nicht das geringste gelegen ist. Die Anwesenden folgten mit großem Interesse diesen Ausführungen. 14 Kollegen ließen sich aufnehmen.

**Stuttgart.** Am 29. April fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Rothmund erstattete Bericht von der zu Erfurt abgehaltenen ersten Generalversammlung. Derselbe schildert in sachlicher Weise den Gang der Verhandlungen und glaubt, daß durch die auf dem Leipziger Kongress beschlossene Verbandsform ein guter Fortschritt zu verzeichnen ist und die Kollegen sich mit dem Gesamtergebnis zufrieden geben können. Aus der sich anschließenden Diskussion konnte man ersehen, daß sich die Kollegen mit dem jetzt Geschaffenen zufrieden gaben und glaubt Kollege Moher im Sinne der Versammlung zu handeln, wenn wir unserm Delegierten den Dank hierfür aussprechen. Die Abrechnung des 1. Quartals, von den Revisoren geprüft, ergab, daß Kasse und Bücher in Ordnung sich befinden.

**Striegau.** Am 27. April tagte in der Vierquelle zu Gräben eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Bericht der Delegierten vom Verbandstag, erstatteten dieselben Bericht über die Verhandlungen unserer ersten Generalversammlung. Beim 2. Punkt, Diskussion, besprachen mehrere Kollegen die prozentual ungleich festgesetzte Streikunterstützung, indem die erste Beitragsklasse gegenüber den anderen bevorzugt ist. Auch erklärten mehrere Redner die Anträge eines Dresdner Delegierten, ob ein Kollege, wenn er nur zwei oder drei Tage arbeitet, verpflichtet ist, die Beiträge zu zahlen, für unverständlich, da die Zählstelle Dresden ohnehin prozentual auf ihre große Mitgliederzahl gerechnet, sehr wenig an die Zentrale abliefern (wie der Bericht beweist), hier am Orte aber der Beitrag gezahlt wird von Kollegen, die am Lohnstage manchmal ohne Geld nach Hause gehen. Mit der angenommenen Resolution gegen die Petition der Unternehmer erklärte sich die Ver-

sammlung einverstanden. Der größte Widerspruch erhob sich gegen die Bestimmung, daß sämtliche Streiks erst vom 4. Tage an unterstützt werden. Als einziges erfreuliches Resultat des Verbandstages erklärte die Versammlung die obligatorische Einführung des Steinarbeiters und die Befreiung der minder erwerbsfähigen Kollegen vom Beitrage. Da die Bundesratsverordnung in betreff der Schutzbücher noch nicht zur Durchführung gelangt ist, ebenso bei der Firma Barth noch keine Lohnbücher vorhanden sind, wurde der Vorstand beauftragt, noch einmal bei der Gewerbeinspektion vorstellig zu werden. Die Bestimmungen der lokalen Krankenunterstützung wurden dahin ergängt, daß Kollegen, welche dauernd Invaliden werden, ihres Anspruchs auf Sterbeunterstützung nie verlustig gehen.

**Wolgast in Pomern.** Am 24. April fand hier eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter statt, welche sich mit der Gründung einer Zählstelle beschäftigte. Sämtliche Kollegen waren für die Gründung derselben. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Karl Gau: Vorsitzender, Hermann Rippenau: Kassierer, Albert Biedenweg: Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt: Karl Martens, Karl Breitsprecher, Ferner Wilhelm Murr als Statistiker. Weiter wurde noch beschlossen, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten. Hier arbeiten 19 Kollegen, welche sämtlich dem Verbande angehören.

**Wunsiebel.** Der Mitgliederzahl angemessen war die am Sonntag, den 24. d. M., abgehaltene Steinarbeiterversammlung im Alten Schießhause gut besucht. Es erstattete in derselben unser Delegierter, Kollege Bergbauer, eingehenden Bericht vom Verbandstag. Mit sichtlichem Interesse wurden die Ausführungen des Redners entgegengenommen. In der sich an dem Bericht anschließenden Diskussion wurde den gefaßten Beschlüssen zugestimmt. Man wendete sich nur gegen den Beschluß, daß in Zukunft bei Streiks, seien es Angriffs- oder Abwehrstreiks, die Unterstützung erst vom vierten Tage ab bezahlt wird. Es wurde angeführt, daß es sehr oft vorkommt, daß plötzlich in den Streik getreten werden muß, und die Kollegen keine Zeit übrig haben, erst Ersparnisse für den Lohnausfall zu machen, und daß während dieser drei Tage die Familie doch auch leben will. Der Vorsitzende bittet die Anwesenden, die Beschlüsse jederzeit hochzuhalten, denn nur dadurch sei die Möglichkeit gegeben, daß es uns gelingt, unsere Organisation immer mehr auszubauen, denn was eine gut fundierte Organisation zu leisten imstande sei, habe sich schon des öfteren erwiesen.

## Die Verhältnisse im heutigen Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften.

Seitdem sich in den deutschen Gewerkschaften (es sind hier nur die freien Gewerkschaften gemeint) immer mehr die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß mit Einführung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung die Verbände an Mitglieder gewinnen, sowie daß der Mitgliederbestand infolge dieser Unterstützungsanstaltungen ein stabilerer wird und seitdem das Schlagwort von dem Verlorengehen des Kampfescharakters der Gewerkschaften immer mehr im Verschwinden begriffen ist, seit dieser Zeit hat sich die Regelung des Herbergswesens für die infolge Arbeitslosigkeit auf der Landstraße liegenden Verbandsmitglieder in den Gewerkschaften immer mehr in den Vordergrund gedrängt. Ueberall ist der Wille vorhanden, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die gezwungen sind, von einer Stadt zur anderen zu reisen, eine eigene Herberge zur Verfügung zu stellen, wo sie mit ihresgleichen verkehren können und nicht gezwungen sind, die christlichen Heimaten aufzusuchen. Inwieweit dieser vorhandene Wille in die Tat umgesetzt worden ist und welche Mängel noch dem ganzen Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften anhaften, dies zu schildern soll der Zweck der nachfolgenden Zeilen sein. Doch sei gleich von vornherein bemerkt, daß die Kritik dieses Artikels nicht eine Anklage gegen die Gewerkschaften sein soll, sondern dieselbe verfolgt lediglich den Zweck, die vorhandenen Mängel in dem heutigen Herbergswesen der Gewerkschaften ans Tageslicht zu bringen, damit Mittel und Wege gefunden werden, wie dieselben zu beseitigen sind. Auch sei gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß ausdrücklich keine Herbergen mit Namen genannt werden, der Artikel soll nur den Zweck verfolgen, das heutige Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften im allgemeinen zu schildern. Ob dann in dieser oder jener Herberge die unten geschilderten Verhältnisse zutreffen oder nicht, dies zu untersuchen soll Aufgabe des jeweiligen Gewerkschaftsartikels bezw. der betreffenden Herbergskommission sein.

Betrachten wir das heutige Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften etwas genauer, so lassen sich zwei Gruppen von Herbergen unterscheiden: 1. Die Herbergen in den von den Gewerkschaften und meist in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei verwalteten Gewerkschaftshäusern, 2. Die Herbergen in Gasthäusern, wo das Gewerkschaftskartell in einer Stadt mit dem betreffenden Gastwirt einen Vertrag abgeschlossen hat, oder wo einzelne Gaststellen der Verbände, jede für sich, eine mündliche oder schriftliche Vereinbarung mit dem Wirt trifft.

Beschäftigen wir uns also zuerst mit Gruppe 1, den Herbergen in den Gewerkschaftshäusern. Hier sind wirklich einzelne Musterinstitute von Herbergen vorhanden und man hat seine helle Freude daran, wenn man sieht, mit welcher Pünktlichkeit alles vor sich geht und welche musterhafte Ordnung und Reinlichkeit überall, ja bis ins kleinste, vorhanden ist. In diesen Orten zeigt es sich so recht, was Wille und Energie der Verwaltungspersonen in Gemeinschaft mit dem Herbergskommissionen zu leisten imstande sind. Der Zugereifte findet dort ein helles freundliches Fremdenzimmer, gute Bedienung, billiges Brausebad, ganz genaues Kontraktieren der Ueberrnachtenden vor dem Schlafengehen, gute saubere Betten, hübsche Waschräume mit reinen Handtüchern usw. Aber leider ist es nur eine kleine Zahl von Herbergen in Gewerkschaftshäusern, denen man die Note „gut“ ausstellen kann, bei den meisten sind noch viele Mängel vorhanden. Da sind zuerst die Fremdenzimmer zu nennen, die meist sehr stiefmütterlich behandelt werden. Auch was die Ausstattung selbst anbetrifft, so läßt dieselbe öfters zu wünschen übrig. Tische und Stühle, die für andere Räume zu schlecht waren, fanden im Fremdenzimmer Verwendung. Man scheint dort dem Grundsatz zu huldigen: für die Kunden ist das ja noch gut genug. Auch was das Dekorieren der Wände anbetrifft, so ließe sich darüber manches sagen. Plakate, die in den Ofen, aber nicht an eine Wand gehören, hängen oft in großer Zahl herum. Daß durch eine solche Ausstattung das sittliche und moralische Empfinden der reisenden Verbandsmitglieder nicht gehoben, sondern noch auf ein tieferes Niveau herabgedrückt wird, dies dürfte wohl niemand bestreiten können. Wird der infolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die Landstraße gedrängte Arbeiter schon irgendwie als Mensch zweiter Klasse

behandelt, so wird dies niederdrückende Gefühl in ihm noch viel stärker, wenn er sich in einem Gewerkschaftshaus, das von seinen eigenen Arbeitsbrüdern errichtet ist, in einem dunklen, mangelhaft ausgestatteten Raum aufhalten muß. Das Fremdenzimmer soll nicht etwa ein Prunksalon sein, aber den hygienischen und volkswirtschaftlichen Forderungen müßte man doch insoweit gerecht werden, daß man den Arbeitslosen ein helles, genügend großes und mit ganzen Gerätschaften versehenes Zimmer zur Verfügung stellt. Auch in bezug auf Reinlichkeit der Betten, der Handtücher und Aborte wird noch in manchen Gewerkschaftshäusern geflagt. Was das Unterrichten auf Reinlichkeit der Ueberrachtenden vor dem Schlafengehen anbetrifft, so dürfte dies auch im allgemeinen etwas strenger genommen werden, es wäre dies für die Reisenden und für die Herberge nur von Vorteil.

Betrachten wir nun die zweite Gruppe: die Herbergen in Gasthäusern, wo das Gewerkschaftskartell einer Stadt mit dem betreffenden Gastwirt einen Vertrag abgeschlossen hat, oder wo einzelne Zahlstellen der Bände, jede für sich, eine mündliche oder schriftliche Vereinbarung mit dem Wirte treffen. Dort ist es im allgemeinen mit dem Herbergswesen schlechter bestellt als in den Gewerkschaftshäusern. Freilich gibt es auch hier wie überall Ausnahmen. Gewöhnlich sind die Gasthäuser, wo nur ein Verband seine Herberge hat, besser als die Zentralherbergen, man wird dort im allgemeinen anständiger behandelt und sind die Betten meist in gutem Zustande. Die Fremdenzimmer in den Zentralherbergen sind durchschnittlich sehr mangelhaft ausgestattet, und da, wo ein solches nicht vorhanden ist, verkehrt der Zugereifte in der Gaststube. Dies hat einestheils den Vorteil, daß man sich auch mit anderen Gästen, als Arbeitslosen, unterhalten kann, bestigt aber auf der anderen Seite wieder den Nachteil, daß man moralisch gezwungen ist, etwas zu verzehren, was gerade, wenn das Geld recht knapp geworden ist, nicht immer sehr angenehm berührt. Hat das Gewerkschaftskartell mit dem Herbergswirt billigere Preise der Speisen und Getränke für die Arbeitslosen vereinbart, so muß oft der Fremde wieder darunter leiden, denn öfters sind die Speisen minderwertig und kommt es vor, daß man beim Golen derselben behandelt wird, als empfangt man ein Almosen. Ueberhaupt scheint das Geld eines Handwerkerburschen nicht so vollwertig zu sein wie das eines anderen Sterblichen. Was die Betten anbetrifft, so befinden sich dieselben durchschnittlich in einem schlechten Zustande. Ab und zu trifft man ja einigermaßen reine Betten, aber im großen ganzen lassen dieselben zu wünschen übrig. Mit Ungeziefer, besonders Wanzen, hat man öfters zu kämpfen und kommt es vielfach vor, daß man erst früh, wenn es schon wieder dämmert, einige Stunden schlafen kann. Manchmal starren die Betten nur so vor Schmutz, daß man sich kaum getraut, dieselben zu benutzen. Was die Handtücher und Aborte anbetrifft, diesen Zustand, in dem sich dieselben manchmal befinden, zu schildern, dagegen sträubt sich die Feder. Von den Handtüchern sei nur kurz bemerkt, daß dieselben oft allein stehen vor Schmutz. Wenn nun noch über der Tür eines solchen Drednestes, denn anders läßt sich eine solche Herberge gar nicht bezeichnen, in großen Lettern die Aufschrift prangt, „Zentralherberge der Gewerkschaften“, so weiß man wahrlich nicht genau, ob dies Ernst oder Hohn ist. Es mag ja sein, daß es für die Gewerkschaften einer Stadt manchmal schwer ist, eine passende Herberge für die Zureisenden zu erhalten, aber bevor man denselben nicht eine anständige Herberge bieten kann, dann lasse man sie lieber auf die christliche Heimat gehen, denn dort herrscht mehr Reinlichkeit.

Auf diese Kritik der Herbergsverhältnisse in den deutschen Gewerkschaften wird man nun sagen: die Verhältnisse können doch gar nicht so schlecht sein, wie sie hier geschildert werden, es sind doch überall Beschwerdefakten und Beschwerdebücher vorhanden, ferner gibt es die Herbergskommissionen, die sofort einschreiten können, wenn eine Beschwerde einläuft. Ja, die Beschwerdefakten und Beschwerdebücher sind meist überall vorhanden und schließlich auch ganz schön und gut, aber wie die Praxis zeigt, bewahren sich dieselben doch nicht. Die reisenden Arbeiter machen nun einmal keinen Gebrauch davon, dieselben sind froh, wenn sie früh wieder aus der Herberge heraus sind. Da wird geschimpft und geschluchzt auf die Herberge, aber an Beschwerdebuch und Beschwerdefakten denkt sehr selten jemand. Im allgemeinen wird die Sache sehr leicht genommen, der Abreisende sagt sich ganz einfach, was soll ich mir hier Scherereien machen, ich komme doch nicht mehr hierher, na, und die Nachkommenden mögen auch sehen, wie sie mit den vorhandenen Mißständen fertig werden. Daß ein solches Verhalten der reisenden Verbandsmitglieder zu verurteilen ist, ist richtig, aber die Verhältnisse liegen nun einmal so und deshalb muß mit ihnen gerechnet werden. Was nicht es, wenn man sich auf Beschwerdefakten und Beschwerdebuch verweist und behauptet, weil keine Beschwerden eingehen, demnach muß alles in Ordnung sein. Dies ist eben, wie die Praxis zeigt, falsch, hier liegt es an den Herbergskommissionen, Remedium zu schaffen und sich nicht auf die etwa einlaufenden Beschwerden zu verlassen, sondern mehr als bisher selbst praktisch zu arbeiten. Vor allem müßten die Betten öfters unverhofft kontrolliert werden, und dann könnte es für die einzelnen Mitglieder der Herbergskommissionen nur von Vorteil sein, wenn sie sich mehr als bisher bei den Fremden über die Herbergsverhältnisse erkundigten. In den Gewerkschaften wird es manche Herbergskommission geben, die überhaupt noch nie die Betten genau und unverhofft kontrolliert hat. Auch auf diesem Gebiete läßt sich mit gutem Willen und Energie sehr vieles verbessern, wie es uns ja die Kommissionen der oben beschriebenen Musterinstitute sehr gut beweisen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß in Zukunft die Herbergskommissionen etwas intensiver und praktischer arbeiten als bisher, damit die Zeit nicht mehr allzufern ist, wo der organisierte Arbeiter, der sich auf der Reise befindet, nicht mit Mißtrauen, sondern mit Vertrauen eine Gewerkschaftsherberge aufsucht und dieselbe auch wieder mit Befriedigung verlassen kann.

## Rundschau.

Aus dem schlesischen Steinbruchgebiete wird uns geschrieben, daß es mit der Arbeitslosigkeit momentan sehr schlecht bestellt ist. Die Plätze am Bahnhof in Neudorf und Deutmannsdorf stehen schon länger als seit Jahresfrist leer, auch sind in dem großen Steinbruch Benig-Radwitz nur sehr wenig

Steinmehnen beschäftigt. In Sulzdorf, wo noch vor ca. 2 Jahren an die 80 Steinmehnen und Brecher ihre Tätigkeit ausübten, sind jetzt nur noch ein paar Leute beschäftigt, trotzdem die Brüche dort sehr ergiebig sind. In der letzten Woche mußten wiederum Steinmehnen beim Hofsteinmehnenmeister Schilling in Dungalau wegen Arbeitsmangel entlassen werden, so daß auf diesem Werkplatze momentan bloß 10 Kollegen beschäftigt sind.

Die Unternehmer suchen die Tarife zu kürzen, die einzelnen Positionen immer zu unseren Ungunsten auszuliegen. Die Löhne sind wegen der schleichenden Krise im Sinken begriffen, so daß die Lage der schlesischen Steinmehnen wohl nicht als beneidenswert betrachtet werden kann.

## Zur Bundesratsverordnung.

Wie die Bundesratsverordnung zur Durchführung kommt, zeigt wieder folgendes: Habe das Vergnügen gehabt, ein paar Tage bei der Firma Gebrüder Nitsche in Langensalza zu arbeiten. Die Erfahrungen, die ich daselbst gemacht habe, spotten jeder Beschreibung. Bearbeitet wird von früh 6 bis abends 7 Uhr, also 11 Stunden. Die Arbeitsbude ist in ganz miserablen Zustande, sie genügt höchstens für vier Mann, jetzt müssen dort acht Mann arbeiten. Abort war vorhanden, aber in welchem Zustande! Die sonstigen leiblichen Bedürfnisse wurden gleich an Ort und Stelle erledigt, sogar der Meister ging mit gutem Beispiele voran. Auch lagerte in der einen Ecke der Arbeitsbude ein Düngerhaufen, auf dem einige Rattentadaver lagen, die allerdings keinen lieblichen Duft verbreiteten. Frühstücksbude war keine vorhanden, die Mahlzeiten wurden zwischen fertigen Denkmälern eingenommen. Das Ohrfeigen der Gefellen ist an der Tagesordnung. Wie ich die Zustände des Platzes kennen gelernt hatte, nahm ich Rücksprache mit Herrn Nitsche und fragte, wo die Bundesratsverordnung wäre. Ich bekam zur Antwort, er brauche keine Bundesratsverordnung usw. Daraufhin habe ich bei der Polizeibehörde Anzeige erstattet; es wurde mir daselbst erwidert, der Gewerbeinspektor von Erfurt wäre hier gewesen und hätte die Plätze revidiert. Goffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Kollegen in Langensalza sich dem Verbands angeschlossen und darauf achten, daß die Bundesratsverordnung strikte durchgeführt wird, wenn auch Meister Nitsche mit den leeren Redensarten rumschmeißt, die organisierten Steinmehnen seien Lumpen und Nichtskönner. H.

Dieses. Die hiesige Amtshauptmannschaft erläßt folgende Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Reichszanzlers, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauerereien (Steinmehnenbetrieben) vom 20. März 1902 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 78 folg.) wird besonders darauf hingewiesen, daß die bei der Steingewinnung (dem Brechen, Unterschrämen, Hohlmachen, Herstellen und Befestigen von Bohrlochern, Sprengen usw.) verwendeten Arbeiter täglich nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden dürfen und zwar auch an denjenigen Tagen nicht, an denen sie neben den Arbeiten der Steingewinnung auch noch mit andern Steinbrucharbeiten beschäftigt werden. Zuwiderhandlungen sind strafbar und anzugehen.

## Aufforderung!

Diejenigen Steinarbeiter, die während der Zeit vom August 1903 bis dato bei Herrn Köhler in Weißen in Arbeit standen werden unverzüglich ersucht, der Redaktion davon Mitteilung zu machen. Gleichzeitig ist anzugeben, warum das Arbeitsverhältnis gelöst und ob nicht teilweise unter Tarif bezahlt wurde.

Die Redaktion des Steinarbeiters.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Obelsbach am Main.** Die Vertrauensleute werden ersucht, mir die Adresse des Steinmehnen August Grobe aus Altenhagen zukommen zu lassen. **Otto Steger, Kassierer.**

## Adressen-Änderungen.

**Kochitz in Sachsen.** Vorsitzender: Wilhelm Regel, Rathausstraße 33.

**Kassel.** Vorsitzender und Kassierer: Peter Schaub, Graben 21. Reiseunterstützung wird vom Gastwirt Wittrod, Schäfergasse 33, ausgezahlt.

**Offenbach am Main.** Vorsitzender: Johannes Strieghinger (Wohnung nicht angegeben. Die Red.). Kassierer: Peter Braun. Alle Briefe und Zeitungen sind noch an Peter Braun, Bürgel am Main, zu richten.

**Mainz.** Vorsitzender: August Unglauben, Belohnungsweg 1, III.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 25. bis 30. April 1904.  
 Leisnig, Beitrag 1,40, 1. Qu. 0,90; Straßlund, Beitrag 1,50; Schwabach, Beitrag 1.—; Aue, 1. Qu. 19,80; Häslcht b. Striegau, 1. Qu. 19,80, Beitrag 218,12, Eintrittsmarken 4,50, Delegiertensteuer 3,50; Schmalkalden, Beitrag 12,10, Delegiertensteuer 0,50; Rehan, 1. Qu. 2,40, Beitrag 27,72, Eintrittsmarken 2.—; Brüß, 1. und 2. Qu. 2,55; Hasserode, Beitrag 80.—; Schlüchtern, Beitrag 2,10; Wulsdorf, 2. Qu. 3,60; Halle, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 1.—, Erbsamarken 0,50; Greß, Beitrag 32; Potsdam, Beitrag 64.—; Mittelsteine, Beitrag 112.—, Geschäftsbücher 4,50, Gesetzbuch 1,25; Offenbach, Beitrag 70,40, Eintrittsmarken 1.—; Seppenheim, Beitrag 56.—; Dietersheim, 2. Qu. 1.—; Börsned, Beitrag 8.—; Colmar, Beitrag 55,04, Eintrittsmarken 2.—, Erbsamarken 0,50, Maimarken 1.—, Delegiertensteuer 1.—, 1. Qu. 9,60; Lahr, Beitrag 28.—; Meh, Beitrag 28.—; Neumborf I, Beitrag 100.—; Bromberg, Beitrag 1,10; Dortmund, Beitrag 46.—; Füllsternberg, Beitrag 0,80; Stettin, Beitrag 9,60; Berlin II, Beitrag 320.—; Neustadt a. d. Haardt, Beitrag 30.—; Seide, Beitrag 4,20; Königsbrück, Beitrag 28.—; Kirchheim, Beitrag 3,92, Eintrittsmarken 7.—; Elsterwerda, Beitrag 7.—; Kassel, 1. Qu. 1,20; Benig-Radwitz, 2. Qu. 26,60, 1. Qu. 0,60; Bremen I, Delegiertensteuer 12,50; Hamburg I, Beitrag 80.—; Leipzig I, Beitrag 94.—, 1. Qu. 36.—; Görtlich, 1. Qu. 8,40; Mainz, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 7.—; Dürheim, Beitrag 6,72, Eintrittsmarken 11,50; Revenen, Beitrag 4,20; Frankfurt a. M., Beitrag 28.—; Würzburg, Beitrag 2,14, 3. Qu. 7,80, Eintrittsmarken 2,50, Erbsamarken 0,25, Delegiertensteuer 1,50, Maimarken 0,75; Hoof b. Kassel, Beitrag 56.—; Adoroti, Beitrag 4,90; Strahburg, Beitrag 280.—; Seußen, Beitrag 84.—, Delegiertensteuer 25.—; Galtbühlbrunn, 2. Qu. 2,80 (Kämer); Erfurt, Beitrag 86,80; Halberstadt, Beitrag 14.—, 1. Qu. 5,40; Lübeck, Beitrag 64.—; Obelsbach, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 3,50; Ottersweier, ? 2,40; Osterwald, Beitrag 112.—.  
 Felix Lange, Kassierer.

## Litterarisches.

Wider die Pfaffenherrschaft, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Das dritte Heft dieses neuen Verlagswerkes, das von dem verstorbenen Genossen, Reichstagsabgeordneten Rosenow verfaßt ist, gelangt soeben zur Ausgabe. Es bringt den Schluß des 2. und den Beginn des 3. Kapitels: Bei den Fürsten der Armut, aus dessen Inhalt wir hervorheben: Anekdote der Knechte. — Aufstiege zur Macht. — Papstchronologie. — Der Pseudo-Isidor. — Ein paar Musterpöppe. — Fäulniszeichen. — Stephan VI. Totengericht. — Messalinen des Kirchenstaats. — Abignon. — Päpstlicher Finanzschwindel. — Johann XXII. Absolutions-tarif. — Johann XXIII. — Paul II. — Der Nero unter den Päpsten und die Familie Borgia. — Leo X., der große Abkämpfer. — Julius III. und sein Affenwärter. — Die Nachfolger. — Anna Odon, die englische Papstmaitresse. — „Päpstin“ Olympia. — Die Legende der Päpstin Johanna und des päpstlichen Untersuchungsstuhls. — Die Wirkung der Papstwirtschaft auf den hohen Klerus: Kardinäle, Bischöfe, Äbte. — Die Simonie. — Das Prunk- und Genußleben des hohen Klerus. Von den Illustrationen dieses Heftes nennen wir: Die Tafelrunde des Lasters, eine satirische Darstellung des ausschweifenden Lebenswandels der höheren Geistlichkeit, Könige und Fürsten; ferner verschiedene Papst-Porträts und die Wiedergabe eines Bildes von Lukas Cranach: Die Enthauptung Johannes des Täufers. Das Werk erscheint in Heften à 20 Bfg. und kann von jeder Parteibuchhandlung bezogen und bei jedem Kolporteur oder auch direkt vom Verlage: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, bestellt werden.

## Briefkasten.

**Naumanns wegen** mußten mehrere Berichte zurückgestellt werden.

**Auerbach (Hessen).** Inserate bezüglich Arbeitsangeboten werden nicht mehr aufgenommen.

**Odenwald.** Solche Eingeladnis sind sehr gut gemeint, wir haben dort keine Leser des Fachblattes, keine Verbandsmitglieder, und somit wird an der Sache nichts geändert. Wendet Euch an den Gauleiter Ignaz Kraft, Mannheim U. 5. 7.

**Dietersheim.** Für Sie gilt ebenfalls daselbe.

**Stuttgart.** Der durch die gewählte Kommission ausgearbeitete Bericht ist auch unverzüglich der Redaktion des Steinarbeiters zuzustellen.

**Königsberg.** Das muß auf dem Wege der Polizeiverordnung erwirkt werden.

Breslau, 2. Febr. 18.

## Anzeigen.

### Einladung.

Die Steinarbeiter von Schwarzenbach a. S. haben am Gimmelfahrtstag, bei günstiger Witterung, einen Ausflug nach der Versuchshütte (Kornberg) geplant. Daselbst findet von 1/2 11 Uhr ab Konzert statt.

Abmarsch früh 8 Uhr.

Es sind die Kollegen von Selb, Schönwald, Nehau und Pilgramsreuth zu recht zahlreichem Besuch eingeladen. Der Vertrauensmann von Schwarzenbach.

## Steinmetzknüppel

Prima Weissbuche

1 Duzend, 16—21 Zentimeter, 12 Mk.

1 Duzend, 13—19 Zentimeter, 11 Mk.

Nachnahme oder Voreinsendung.

Walter Lauterwald & Sohn, Eisleben.

## Todes-Anzeigen.

Am 3. März starb unser Kollege

**L. Karch**

im Alter von 41 Jahren nach fast 2jährigem Krankenlager an der Berufskrankheit.

Am 14. April starb unser Kollege

**Karl Weidling**

im Alter von 37 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 25. April starb unser Kollege

**Heinrich Bobardt**

im Alter von 80 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre Ihrem Andenken!

Die Zahlstelle Hamburg I.

Am 9. April starb unser Kollege

**Jos. Hlavacek**

im Alter von 38 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Zahlstelle Bunzlau.

Am 16. April starb unser Kollege

**Joseph Kohnle**

im Alter von 25 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter der Zahlstelle Nürnberg.

Am 21. April starb unser Kollege

**Wilhelm Herrmann**

im Alter von 45 Jahren an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Organisierte Steinarbeiter von Hohenau-Neudorf.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.